

# Götteche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

№. 451.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 1903.

Magdeburg, Druck und Verlagsanstalt 2.20 Mark, durch die Post bezogen 2.40 Mark für das Vierteljahr. Die Hälfte gegen Nachnahme. — Geschäfts-Verkehr: Göttinger Straße 10, Leipzig, Druckerei des Verlegers in Halle a/S., und bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Zweite Ausgabe

Magdeburg, Druck und Verlagsanstalt 2.20 Mark, durch die Post bezogen 2.40 Mark für das Vierteljahr. Die Hälfte gegen Nachnahme. — Geschäfts-Verkehr: Göttinger Straße 10, Leipzig, Druckerei des Verlegers in Halle a/S., und bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Halle a/S., Leipzigerstr. 27.  
Telephon Nr. 155.

Mittwoch, 26. September 1900.

Geschäftsstelle in Berlin, Bernburgerstr. 3.  
Telephon Nr. 27.

### Deutsches Reich.

Halle a. S., 26. September.

**\* Zum neuen Zolltarif.** Der Umstand, daß der Minister für Handel und Gewerbe noch vor Beginn des Jahres die Handelskammern richtete, worin diese zur eingehenden Beratung über verschiedene mit dem neuen Zolltarif zusammenhängende Fragen aufgefordert wurden, hat mehrfach die Meinung hervorgerufen, als ob die Vorlage dieses Entwurfs an den Reichstag noch gar nicht für die nächste Session geplant sei. Allerdings ist die Bearbeitung des Entwurfs noch nicht so weit gediehen, daß sich zur Zeit der Möglichkeit derselben genau übersehen läßt. Indessen rechnet man doch an den betreffenden amtlichen Stellen mit Bestimmtheit darauf, mit den Arbeiten so rechtzeitig fertig zu werden, daß der Reichstag zu Beginn des nächsten Jahres mit der Vorlage sich befassen kann. Voransetzung hierbei ist, daß die Beratung des Entwurfs im Bundesrat nicht von langer Dauer sein wird. Um so länger wird sich dagegen voraussichtlich die Beratung im Reichstage ausdehnen, und es muß jedenfalls bei der Möglichkeit gerechnet werden, daß die vollständige Erledigung der Vorlage erst im Laufe der folgenden Session, also eventuell erst im Jahre 1902 erfolgt. Dann wird es freilich auch höchste Zeit sein, da Ende 1902 bereits die Kündigung der bestehenden Tarifverträge erfolgen muß und man wahrscheinlich beabsichtigt, schon vor diesem Termin die Unterhandlungen wegen des Abschlusses neuer Verträge zu beginnen, wofür der neue Zolltarif beabsichtigt die Unterlage bilden soll. Eine Sinausführung des Kündigungstermins und in Verbindung damit, die vorläufige Verlängerung der Verträge über das Jahr 1903 hinaus dürfte unter allen Umständen ausgeschlossen sein.

**\* Die „Nationalis. Cor.“** kann die Nichtigkeit der Mitteilung behaupten, daß das Gesetz, betreffend die Schlichtung und Freischlichtung, in vollem Umfange nicht vor dem Frühjahr des nächsten Jahres in Kraft treten werde.

**\* Im Frühjahr 1898** wurde auf Veranlassung des Reichstages eine Erhebung über die gewerbliche Kinderarbeit außerhalb der Fabriken in den einzelnen Bundesstaaten vorgenommen. Die Ergebnisse dieser Erhebung hat das Reichsstatistische Amt bereits bearbeitet und in Form einer Denkschrift nebst Tabellen dem Reichstag des Innern vorgelegt, wofür inwieweit Vorschläge über die Regelung der gewerblichen Kinderarbeit außerhalb der Fabriken ausgearbeitet worden sind. Die Ergebnisse der genannten Erhebung werden namentlich in den Reichsstatistischen Jahrbüchern des Deutschen Reichs veröffentlicht. Sie behandeln neben dem Umfang der außerhalb der Fabriken stattfindenden gewerblichen Kinderarbeit — über eine halbe Million derartige Kinder wurden 1898 in Deutschland gezählt — auch Art, Dauer dieser Beschäftigung, Alter der betreffenden Kinder, Beschaffenheit der Arbeitsstätte, Arbeitszeiten der Kinder, und die wichtigsten Bestimmungen über diese Kinderarbeit. Auch sind die wesentlichen Bestimmungen, welche im Auslande bezüglich der gewerblichen Beschäftigung von Schülern gelten, mitgeteilt.

**\* Nach der vorläufigen Mitteilung des Kaiserlichen Statistischen Amtes zur Kontroversenstatistik** ergabten im zweiten Vierteljahr 1900 im Deutschen Reich 2145 neue Kontroversen zur Zahlung, gegen 1900 im zweiten Vierteljahr 1899. Es wurden 207 Urteile auf Kontroversenerfüllung wegen Mangels eines oder aller der Kosten des Verfahrens bedenden Wählerbescheide abgewiesen und 1938 Kontroversen erloschen, von letzteren hatte in 1229 Fällen der Gemeindeführer ausfindig die Kontroversen besorgt. Von den Urteilen wurden im zweiten Vierteljahr 1900: 1689 (zweiten Vierteljahr 1899: 1659) Kontroversen erloschen, und zwar durch Schlichtung 1118, durch Zwangsvergleich 419, infolge allgemeiner Einkündigung 46 und wegen Verfallens 106. In 556 bestimmten Kontroversen waren nur ein Gläubiger und ein Schuldner vorhanden. Von den 2145 neuen und den 1689 besetzten Kontroversen betrafen:

Königliche Personen	1714	1490
Nachlässe	318	123
Kontroversen	89	63
Gemeinschaften	2	4
andere Gemeindeführer	20	10

**\* Mit dem Montag Vormittag 8 Uhr 38 Min.** in Wien zählten fahrplanmäßigen Zuge traf die Kaiserin ein. Zum Empfang hatten sich dem „Gamb. C.“ zufolge auf der Station die Prinzen und ihre Lehrer und Erzieher eingefunden. In der Begleitung der Kaiserin befanden sich Kammerherr Graf von Keller und die Hofdame Fräulein v. Bredow. Die Kaiserin leitete die Benutzung der bereitgestellten Wagen ab und legte den Weg zum Prinzenpaar in Mitte der Prinzen zu Fuß zurück. Um 10 Uhr wurde ein Spaziergang im Park unternommen, dem um 11 Uhr ein von Garnisonparrer Obns abgehaltener Gottesdienst folgte. Um 3 Uhr fuhr die Kaiserin mit den Prinzen und dem Gesolge im offenen Wagen durch die Stadt nach dem Gute Ankeleben, das der Gräfin Wenzels gehört. In dem hier belegenden herrlichen Park wurde ein einstufiger Spaziergang unternommen. Nach der Mittagsvermählung die Kaiserin mit ihren Kindern im Saalrestaurant, der Abend wurde im Prinzenpaar verbracht. Der Reichsminister Fürst zu Salm-Reifferscheidt, zu dem B. v. aus Schütz geteilt wird, in Begleitung seiner Tochter dort eingetroffen, wo er bis Mittwoch zu verbleiben gedenkt.

**\* Personalnachricht.** Prinz Albert von Anhalt, der vier Jahre lang die 3. Schwadron des 1. Garde-Dragoner-Regiments befehligte, hat nach dem Wabender einen einjährigen Urlaub angetreten.

**\* Dem Oberberghauptmann Freund** ist, wie der „Reichsanzeiger“ mitteilt, der seinem bevorstehenden

Ausscheiden aus dem Staatsdienste der Charakter als Wirklicher Geheimer Rath mit dem Prädikat Excellenz verliehen worden.

**\* Der bisherige Oberregierungsrath v. Heydebrand** in Oppeln ist nunmehr zum Regierungspräsidenten in Osnabrück ernannt worden.

**\* Die erste Plenarsitzung des Bundesrats** nach der Sommerpause ist, wie mitgeteilt, auf den 4. Oktober anberaumt. Aus der ziemlich umfangreichen Tagesordnung hebt wir folgende Gegenstände hervor:

Geheimvertrag wegen Abänderung der freiwilligen Gerichtsbarkeit und Stiftung der Reichsämter in Oester, Entwurf von Abänderungen und Ergänzungen des amtlichen Waarenzeichensgesetzes zum Zolltarif, Entwurf von Vorschriften über den Kleinhandel mit Garn, Entwurf von Abänderungsbestimmungen zum Gesetz über die Verfassung, gemeinrechtlicher Anstalten, die Gegenstände über das Urheberrecht und über das Verlagsrecht, Regulativ über die Dienstverhältnisse der Oberstaats- und Gerichtsbeamten beim Reichsmilitärgericht, Antrag betreffend die Wiederherstellung der Entwurfs einer Seemannsordnung, eines Gesetzes über die Veranlagung der Kaufmännische zur Abnahme beizugsfähiger Schulden, eines Gesetzes über die Stellenvermittlung für Schleusen und eines Gesetzes über die Abänderung gerichtlicher Vorschriften des Landesgesetzgebungs an den Reichstag.

**\* Die Oberbergrathungen der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft**, in denen die Schauordnung für die nächstjährige Wanderausstellung beraten zu werden pflegt, werden diesmal vom 8. bis 11. Oktober stattfinden. Am 8. Oktober werden das Directorium und einige Sonderausstellungen tagen. Der 9. Oktober ist für Sitzungen der Sonderausstellungen und der Aufsicht der Abtheilungen bestimmt, am 10. Oktober die Verhandlungen der Geräte- und Vorrathung und der Hieraufstellung neben einigen Sitzungen von Sonderausstellungen abgehalten werden. Am 11. Oktober werden der Vorstand und der Gesamt-Ausschuß tagen.

**\* Wegen Vereidigung richterlicher und Staatsanwaltschaftlicher Beamten und Verwaltungsbediensteten** anlässlich der Kaiserlichen Wahl hat in der verantwortlichen Redaction der Zeitung „Germania“, Hans Conrath, gefahren vom Landgericht 1 Berlin zu einem Monat Gefängnis verurtheilt worden.

**\* Antidie Erhebungen.** Vor einiger Zeit ging durch einige Blätter die Meldung, daß wegen eines angeblich von den Engländern als Spion gefangen worden und nach Genoa gebracht deutschen Cigarrenhändlers Schmitt aus Saargemünd amtliche Erhebungen eingeleitet worden seien. Diese haben jetzt, wie die „R. Z.“ mittheilt, ergeben, daß Schmitt sich an den Kämpfen der Buren gegen die Engländer beteiligt hat und als Kriegsgefangener nach Genoa geschickt worden ist. Dagegen ist natürlich gar nichts einzuwenden, und es ist nur zu bedauern, daß viele deutsche Blätter solche Berichte kritiklos ohne Kenntniß der näheren Umstände wiedergeben und sie oft noch mit entrißten Kommentaren begleiten.

### Parlamentarisches.

**\* Zur Reichstagsdebatte** von 1. Dezember 1900 an Stelle des verstorbenen freirepublikanischen Abg. v. Diembovski, der 1898 mit 8933 gegen 8004 gegenwärtige Stimmen gewählt war, erklärt der „Reichsanzeiger“, 1898 hatte die Polen des Wahlkreises vollständig für den Zentrumswahlbezirk eingetreten, jetzt ist die Mitte an Centrum, den polnischen Kandidaten zu unterstützen.

**\* Der frühere Landrath des Kreises Wörlitz, Geheimer Regierungsrath von Wrochem,** der als Landtagsabgeordneter gegen die Kanalvorlage gestimmt hatte und infolgedessen zur Disposition gestellt worden war, ist zum Mitgliede der Berechnungskammer in Wörlitz ernannt worden. Infolge dieser Ernennung, die sich als eine erhebliche Förderung darstellt, erlischt das Mandat des Herrn von Wrochem als Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Wörlitz-GutsMuths, und es wird eine Neuwahl notwendig.

### China.

In verschiedenen Blättern findet sich folgende Korrespondenz aus Berlin:

„Die Berliner chinesische Gesandtschaft machte dem deutschen Reichsminister den Antrag, die chinesische Regierung zurück zu lassen, einen Special-Vertrag mit Berlin zu schließen, um der deutschen Regierung des Bedauern über die Ernennung des Freiherrn v. Seidler auszusprechen. Der Mandarin Dinghsang, der jetzt die Militärakademie in Tientsin leitet und der in Berlin und Wien seine persönliche Ausbildung erhalten hat, soll diese Mission übernehmen. Das Kaiserliche Amt antwortete, daß der Vertrag, so ein solcher Special-Vertrag in Berlin empfangen werden könne, noch nicht geschlossen ist.“

Wie wir demgegenüber von wohlunterrichteter Seite aus Berlin erfahren, ist dort keine derartige Mission geplant. Die Kaiserliche Mission hat nur infolgedessen auch keine Erklärung darüber abgeben können. Sollten die Chinesen beabsichtigen, eine besondere Entschuldigungskommission nach Berlin zu schicken, so würde sie wahrscheinlich infolge der Ernennung von Wrochem, vorausgesetzt, daß sein Mandat an der Spitze stände, infolge einer solchen Personalität, etwa ein Mitglied des chinesischen Kaiserhauses.

Ueber die Verhandlungen der Großmächtigen in der chinesischen Frage war aus Peking gemeldet worden, die Großmächtigen hätten sich über folgende drei Punkte geeinigt: 1. Bekämpfung des Prinzen Tuan und der übrigen Anhänger zu Un-

ruhen; 2. Befähigung einer Entschädigungssumme; 3. Garantien für die Zukunft. — Diese Nachrichten können wir aus besserer Berliner Quelle als erfinden bezeichnen. Bisher ist noch nichts vereinbart, es wird vielmehr vorläufig nur über den Vorschlag der Reichsregierung verhandelt.

Wir waren schon gestern in der Lage, mitzutheilen, daß nunmehr auch die Antworten Rußlands und Japans auf die deutsche Circularnote eingegangen sind. Rußland nimmt den deutschen Vorschlag mit grundsätzlicher Zustimmung an, die Antwort Japans ist noch entscheidend in zukünftiger Sitzung gefastet. Die „Königsche Zeitung“ bringt in Befähigung dieser Beziehungen sowie in voller Uebereinstimmung mit unseren gestrigen Ausführungen folgende von gestern datirte Depesche aus Berlin:

Die Antworten sämtlicher Mächte mit Ausnahme Englands sind nunmehr eingegangen, alle erfüllen sich mit dem deutschen Vorschlag im Wesentlichen einverstanden. Das Amerika hat sich abgelehnt und ist China eine selbständige Politik betreiben will. Es bekennt, als erste Folge der amerikanischen Politik ist nun wohl zu betonen, daß Prinz Tuan von der Kaiserin in das erste Staatsamt berufen ist. Offenbar ist durch die amerikanischen Beschlüsse der Punkt, der sehr gefastet werden, daß sie ihre Beziehungen zu den Landeigenen der Mächte wieder aufnehmen durch eine Handlung, die, wie die Ernennung des Prinzen Tuan, der ganzen Welt ins Gesicht schlägt. In dieser Berechnung dürften die Chinesen sich aber ebenso fällen, wie in mandchen anderen. Selbst angenommen, daß die altine Arbeit gegen China nur einem Theile der Mächte überlassen werden sollte, so wird dieser Theil sehr gering sein, China seinen Willen aufzuerlegen. Wenn auch ein Staat selbständig die Rechte haben sollte, so wird er deshalb noch lange nicht daran denken, den Rechte der Berechtigten entgegenzusetzen, das nur den anderen ausgeübt wird.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Ernennung Tuans, die nach Ansicht der Bestenrichteten Mächte thätlich erfolgt ist, der Lage ein verändertes Aussehen gegeben hat. Welche Mächte, namentlich welche, werden sich die Frage vorlegen, ob es überhaupt möglich ist, mit einem Staate in diplomatische Verhandlungen zu treten, an dessen Spitze ein Mann steht, gegen den der bringende Aussehen gegeben hat. Welche Mächte, namentlich welche, werden sich die Frage vorlegen, ob es überhaupt möglich ist, mit einem Staate in diplomatische Verhandlungen zu treten, an dessen Spitze ein Mann steht, gegen den der bringende Aussehen gegeben hat. Welche Mächte, namentlich welche, werden sich die Frage vorlegen, ob es überhaupt möglich ist, mit einem Staate in diplomatische Verhandlungen zu treten, an dessen Spitze ein Mann steht, gegen den der bringende Aussehen gegeben hat. Welche Mächte, namentlich welche, werden sich die Frage vorlegen, ob es überhaupt möglich ist, mit einem Staate in diplomatische Verhandlungen zu treten, an dessen Spitze ein Mann steht, gegen den der bringende Aussehen gegeben hat.

Der Londoner „Globe“ meldet dazu noch aus New-York: Am Montag wurde dem Deutschen Gonger telegraphisch die Mitteilung übermittel, nicht nur über einen unabhängigen Frieden zwischen Amerika und China zu verhandeln, sondern auch die Vermittlung der amerikanischen Regierung zwischen den Mächten und China anzubieten. Wenn die Beschlüsse des Krieges departement als Offener durchgeführt werden, dann werden die amerikanischen Truppen am 1. Oktober aus Peking zurückgezogen. Der Transpazifische sich von Nagasaki nach Yalu abzugeben, um bereit zu sein, die amerikanischen Truppen nach Mania zu bringen.

Die „Vereinigten Staaten“ werden sich fällen. Wenn sie aus dem europäischen Kontext austreten wollen, so mögen sie es thun; es wird sich dann aber Niemand mehr entscheiden, in der chinesischen Frage überhaupt noch irgend welche Mithat auf Amerika zu nehmen. Ein Vermittler, das nur zum Frieden abgenommen werden würde, wird den Japankes in keinem Falle anerkannt werden. Um auf solche Art Europa zu überreden, dazu ist denn doch Europa ein wenig zu früh aufgefunden.

Die chinesische Regierung beharrt unter den aus waltenden Verhältnissen natürlich nachdrücklich in ihrer unfreundlichen Haltung gegenüber den Mächten. Nicht genug, daß die Führer der fremdenfeindlichen Partei in die einflussreichsten Kreise berufen wurden, Alles deutet auch darauf hin, daß die Verhandlungen, soweit sie bereits eingeleitet sind, nur den einen Zweck haben, Zeit zu gewinnen. Die Lage in China dürfte folgendes Telegramm:

Changhai, 25. Sept. Sämtliche hiesigen Konvuls protestieren gegen die Ernennung von Chengtu zum Zoiwei von Changhai wegen seiner fremdenfeindlichen Gesinnung. Die hiesigen Beamten sind, daß der chinesische Kaiserhof entschlossen ist, den Krieg fortzusetzen. Unter den Chinesen steht das Gerücht, die





